Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Austräger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeigenpreise: Die siebengespaltene Petitzeile für Anzeigen aus Aue und Umgegend 20 Goldpfennige, auswärtige Anzeigen 25 Goldpfennige, Reklame-Petitzeile 60 Goldpfennige amtliche Zeile 35 Goldpfennige.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postscheck-Konto Amt Leipzig Nr. 1998

Nr. 218 — Freitag, den 18. September 1925 — 20. Jahrgang

Der Wortlaut des Memorandums.

Der französische Botschafter de Margerie hat, wie gemeldet, am 15. September dem Reichsminister des Auswärtigen ein Memorandum übergeben, das im Einverständnis mit den Alliierten die deutsche Regierung einlädt, spätestens in den ersten Tagen des Monats Oktober an einer Konferenz über die Sicherheitsfrage teilzunehmen. Das Memorandum hat folgenden Wortlaut:

„Bei Uebergabe der Note vom 24. August d. J. an Herrn Stresemann war der französische Botschafter beauftragt worden, dem Minister der Auswärtigen Angelegenheiten mitzuteilen, daß die französische Regierung in Uebereinstimmung mit ihren Alliierten es für zweckmäßig halte, im Falle einer günstigen Aufnahme der bezeichneten Note durch die deutsche Regierung den Abschluß der eingeleiteten Verhandlungen durch eine Zusammenkunft juristischer Sachverständiger und weiterhin durch eine Begegnung der Außenminister der beteiligten Staaten zu beschleunigen. Nach den nunmehr abgeschlossenen Besprechungen der Juristen in London glauben die französische Regierung und ihre Alliierten, daß die in Frage kommenden Staaten ein gemeinsames Interesse daran haben, die Verhandlungen nicht in die Länge zu ziehen, und daß der Augenblick gekommen ist, um einen Zeitpunkt für die geplante Zusammenkunft festzusetzen. Für diesen Zweck dürfte das Ende des Monats September oder spätestens die ersten Tage des Monats Oktober eine geeignete Zeit seien. Die Konferenz würde auf neutralem Gebiet, zweckmäßigerweise in der Schweiz, stattfinden, und zwar an einem Ort, über den sich die Regierungen noch zu einigen hätten. Die französische Regierung und ihre Alliierten hoffen zuversichtlich, daß die Vorschläge den Wünschen der deutschen Regierung entsprechen, und daß diese in der Lage ist, ihnen alsbald ihre Zustimmung mitzuteilen."

Die von dem englischen Geschäftsträger, Botschaftsrat Addison, übergebene Note stimmt dem Wortlaut nach mit diesem Text vollkommen überein.

Vor der Sicherheitskonferenz.

Die schriftliche Einladung an Deutschland liegt im Wortlaut vor. Sie wiederholt die mündlichen Mitteilungen des französischen Botschafters bei der Ueberreichung der Note vom 24. August und weist auf die abgeschlossenen Juristenberatungen hin. Es sei gemeinsames Interesse der in Betracht kommenden Staaten, die Verhandlungen nicht in die Länge zu ziehen und den Zeitpunkt für die Zusammenkunft festzusetzen. Vorgeschlagen wird Ende September oder spätestens die ersten Tage des Monats Oktober; als Ort die Schweiz, eine nähere Bestimmung wird offen gelassen. Das Memorandum spricht die zuversichtliche Hoffnung aus, daß diese Vorschläge den Wünschen der deutschen Regierung entsprechen und daß diese in der Lage sei, alsbald ihre Zustimmung zu erteilen.

Aus anderen Quellen wird bekannt, daß am 5. Oktober der erste Konferenztag sein würde, daß die Alliierten gerne Lausanne gewählt hätten, während die deutsche Regierung die Absicht habe, Luzern vorzuschlagen. Man erwartet, daß dieser Wunsch erfüllt werden wird.

Mit der Frage der Konferenz an sich wird sich grundsätzlich weder der kommende Ministerrat noch der auf den 23. September einberufene Auswärtige Ausschuß befassen. Man kann annehmen, daß die Teilnahme Deutschlands an der Konferenz eine Selbstverständlichkeit geworden ist. Anders steht es mit den Personalfragen und den Sachfragen. Das Memorandum enthält wider Erwarten keine Andeutung darüber, ob und wie die ursprünglich von den Alliierten vorgeschlagene Außenministerkonferenz in eine Konferenz größerer Delegationen mit Einschluß der Ministerpräsidenten umgewandelt werden soll. Der Wortlaut des Memorandums wiederholt eigentlich den alten Vorschlag, und es wäre nur noch anzunehmen, daß der französische Botschafter mündlich die Möglichkeit einer Erweiterung vorgebracht hat. Vielleicht erwartet man auch von der deutschen Regierung, daß sie ihrerseits nicht nur den Ort der Konferenz, sondern auch die Erweiterung der Teilnehmerzahl als Wunsch vorbringe. Denn es ist ja bekannt, daß auf deutscher Seite Wert darauf gelegt wird, die Außenministerkonferenz so zu erweitern, daß sie der Zusammensetzung nach ungefähr der Londoner Konferenz von 1924 ähnlich wird.

Dazu aber ist es nötig, daß man in Deutschland über die Beschickung der Konferenz einig wird. Es ist noch immer nicht entschieden, wer neben Dr. Stresemann zur Konferenz reist. Dr. Luther wird wahrscheinlich in Betracht kommen; die Mitreise Schieles wird jetzt wieder stark angezweifelt. Der Druck eines bestimmten Teiles der Rechtspresse wird immer stärker. Die Deutschnationale Partei hat sich noch nicht eindeutig erklärt, und auch die gemäßigten führenden Organe der Partei bleiben zweideutig. Wieder einmal muß zuerst eine innenpolitische Krise gelöst werden, bevor wir außenpolitisch aktionsfähig werden. Dieses Schauspiel vollzog sich vor der Absendung der früheren Noten und es vollzieht sich auch jetzt wieder. Die englische öffentliche Meinung, insbesondere die der Regierung nahestehenden Organe, sind auf die Sache schon aufmerksam geworden. Der „Daily Telegraph" verzeichnet eine neue Welle von Nationalismus in Deutschland und spricht von politischer Blindheit. Er führt die Demonstrationen an, die während des Besuches Hindenburg in Mecklenburg und des Kronprinzen in Ostpreußen stattgefunden haben. Daraus entstehe keine günstige Atmosphäre für die Konferenz. Das mögen Uebertreibungen sein: jedenfalls wird in den nächsten Tagen die größte Regierungspartei einen realpolitischen Entschluß fassen müssen.

Die außenpolitischen Begleiterscheinungen der Sicherheitsfrage sind ebenfalls unklar. Die Teilnahme Italiens ist gesichert, Mussolini wird persönlich erscheinen. Die Brenner-Frage wird in den Sicherheitspakt nicht hineingebaut, sondern direkt zwischen den beteiligten Regierungen zu lösen sein. Nach der gleichen guten Quelle wird Italien auch nicht den Sonderpakt mit Frankreich und der Kleinen Entente schließen wollen, weil man sich in Rom davon überzeugt hat, daß der Anschluß Oesterreichs auch ohne diesen Pakt verhindert werden würde. Der französische Plan, die Brenner-Grenze und die deutschen Ostgrenzen gemeinsam in eine Garantie einzubringen, findet in Italien glatte Ablehnung. Man erklärt dort diese Pläne für gefährlich: die Teilnahme Italiens an einem Sicherpakt, der sich nicht mit italienischen Grenzen befassen könne, wird aber gleichfalls als Opfer ohne Kompensationen bezeichnet.

Der polnische Außenminister hat einem Schweizer Journalisten mitgeteilt, daß eine Besserung der französisch-deutschen Beziehungen ungenügend sei, wenn nicht gleichzeitig die Verständigung Berlin—Warschau erreicht werde. Daher müßte der Sicherheitspakt von Schieds-

Der Gebirgsstock von Bibane genommen.

Ein Posten vor Tetuan entsetzt.

Paris, 16. Sept. Havas meldet aus Rabat: Die französischen Truppen haben nach einem plötzlichen Vorstoß den Gebirgsstock von Bibane genommen. Nach hartem Kampfe gelang es den spanischen Streitkräften, den Posten von Cudia Tahar vor Tetuan, der von Kabylen belagert war, zu entsetzen. Die Kabylen zogen sich unter Zurücklassung von 150 Toten und 100 Gewehren zurück.

Primo de Rivera erklärte Pressevertretern, daß dieser Erfolg der spanischen Waffen von großer Bedeutung sei, da er auf das Verhalten der Ibala zurückwirken werde, die jetzt ihre Begeisterung für die Fortsetzung des Krieges verloren haben dürften.

Bei der westlichen Abteilung zeigen die Beni Bu Karra im Hochtal von Wed Audiar, ein Unterstamm der Beni Mestara, die immer noch im Gefecht mit den französischen Truppen liegen, Neigung, sich zu unterwerfen. Auf diesem Frontabschnitt herrscht sonst völlige Ruhe, die zum weiteren Ausbau der eroberten Stellungen benutzt wird. Bei der mittleren Gruppe haben sich infolge der französischen Operationen einige hundert Familien unterworfen. An der Front des 19. Armeekorps unterwerfen die Branes sich weiter. Vormittags brach eine französische Abteilung von Dar Kaid Mesbei auf und befreite die Posten von Tissi-Lassen. Der Gegner wurde unter anscheinend schweren Verlusten zurückgetrieben.

Madrid, 16. Sept. Nach Zeitungsmeldungen aus Melilla sind infolge des schweren Seeganges die Transportboote mit Lebensmitteln für die Posten des Frontabschnittes von Alhucemas, gegen die der Feind weiter, besonders nachts, Vorstöße unternahm, gezwungen worden, sich zurückzuziehen. Aus dem gleichen Grund ist auch das zwischen Morro Nuevo und dem Eiland von Alhucemas in Aussicht genommene Telegraphenkabel noch nicht gelegt worden. Das Kommando hat indessen die Truppen auf mehrere Tage im voraus verproviantiert. Die Küste der Alhucemasbucht und die Zeltdörfer der Beni Uriaghel werden täglich von Flugzeugen beschossen. General Will Espinosa erklärte, daß sämtliche aus Marokko eintreffenden Nachrichten günstig lauten. Das Wetter habe sich auch bereits gebessert, so daß die Verproviantierung von Cebadillo unverzüglich wieder aufgenommen werden könne.

Kämpfe zwischen Bagdad und Damaskus.

Paris, 16. Sept. Ueber den Angriff auf einen Transport zwischen Damaskus und Bagdad, bei dem nach den bisherigen Meldungen nur drei Araber die Angreifer gewesen sein sollten, berichtet „Chicago Tribune" aus Jerusalem, daß ein Stamm von 1000 Arabern, der sich den aufständischen Drusen angeschlossen habe, mit mehreren französischen Panzerwagen 85 Meilen von Damaskus entfernt ins Gefecht gekommen sei. Ein wilder Kampf sei entstanden, bei dem ein französischer Hauptmann getötet wurde. Zwei englische Offiziere wurden verwundet. Die amerikanische Finanzkommission für Persien entging nur knapp dem Tode. 14 arabische Angreifer fielen.

Besuch des rumänischen Kronprinzen in der Tschechoslowakei.

Preßburg, 16. September. Der Kronprinz von Rumänien ist heute nach Verabschiedung des Präsidenten der Republik aus Topolschan hier eingetroffen und nachmittags nach Brünn weitergereist.

Keine Einigung über den Reichsschulgesetzentwurf.

Berlin, 17. Sept. Ueber den weiteren Verlauf der Besprechungen der Vertreter der Landesregierungen in Leipzig über den Reichsschulgesetzentwurf weiß die „Vossische Zeitung" zu melden, daß infolge der Schwierigkeiten die bestehenden Gegensätze zwischen der weltlichen und christlichen Schulanschauung zu überbrücken, die Landesvertreter keine Form zu finden vermochten, in die der als unverbindlich bezeichnete Entwurf gegossen werden könne.

Zu dem britisch-türkischen Grenzzwischenfall.

London, 16. Sept. In dem britischen Memorandum an den Völkerbundsrat über die Zwischenfälle im Mossulgebiet heißt es u. a.: Am 8. September wurde das christliche Dorf Baijo, das in dem Landstreifen zwischen der von der britischen Regierung verlangten Grenze und der vom Völkerbund fortgesetzten sogenannten Brüsseler Grenze liegt, von 380 Türken umzingelt, die die Einwohner nach Koroar abführten. Am gleichen Tage wurde auch das christliche Kloster bei Kerawak umzingelt. 120 Christen entkamen und suchten in Pirak, südlich der Brüsseler Grenzlinie Schutz. Zwei Tage später trafen 260 christliche Flüchtlinge in hilflosem Zustande in Zakho ein, wo ihnen von dem schwachen britischen Militärposten Hilfe geleistet wurde. Diese Flüchtlinge berichteten, daß die Türken alle Christen aus Gohan, etwa 8000, nach Bashkala deportieren, das etwa 15 Meilen westlich der türkisch-persischen Grenze und etwa 30 Meilen nördlich von Julamerk liegt.

Dementi der Türkei.

Die türkische Regierung erklärt in einer Note an den Völkerbundsrat, daß die englischen Angaben über die Deportation von 8000 Christen nicht glaubwürdig seien. Schon aus dem Bericht der Mossulkommission gehe hervor, daß in dem fraglichen Gebiet nördlich der Brüsseler Grenzlinie kaum im ganzen so viel Christen wohnen, als von den Türken deportiert sein sollen. Die türkische Regierung gibt ferner dem Vernehmen nach in der Note ihrer Ansicht Ausdruck, daß die englische Regierung durch ihre Beschwerden beim Völkerbundsrat beabsichtige, die Aufmerksamkeit des Völkerbundes von Operationen abzuleiten, die England vor einigen Tagen in dem Gebiete eingeleitet habe, in dem die Deportationen stattgefunden haben.

Völkerbund und China.

Genf, 16. Sept. Der Technische Ausschuß des Völkerbundes billigte einen von Loucheur-Frankreich ausgearbeiteten Bericht über den finanziellen Aufbau Chinas. Der Bericht schließt sich vorbehaltlos dem Gutachten des Generalkommissars Smith und des Finanzkomitees an. Er wird am Montag der Völkerbundsversammlung zur Genehmigung unterbreitet werden.

Attentatsversuch auf den Präsidenten Calles.

Neuyork, 16. September. Der Präsident von Mexiko, Elias Calles, ist einem sonderbaren Attentat entgangen. Als der Präsident das Stadion aufsuchte, sprang ein unbekannter Mann von der Galerie. Beim Aufsprung auf den Boden erfolgte eine Explosion, wobei der Mann in Stücke gerissen wurde. Der Präsident blieb unverletzt. Es wird allgemein angenommen, daß dieser sonderbare Attentäter eine Bombe bei sich trug, die beim Aufschlag auf den Boden explodierte. Die amtlichen Stellen halten mit Kommentaren noch zurück.